

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931

120 (8.10.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-887533](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-887533)

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgebundene Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schließjahr 17

Nr. 120

Elsfleth, Donnerstag, den 8. Oktober

1931

Chronik des Tages.

Reichsaußenminister Dr. Curtius machte dem Reichspräsidenten von der Einreichung seines Demissionsgesuches Mitteilung. Man erwartet die Gesamtdemission der Regierung Brünning.
Statt in öffentlicher Reichsratsitzung gab der Reichskanzler nunmehr in einer vertraulichen Besprechung mit Vertretern der Länderregierung von der neuen Notverordnung Kenntnis.
Der amerikanische Präsident Hoover berief die Führer der Republikaner und der Demokraten zu sich in das Weiße Haus. Der Konferenz gingen Besprechungen mit dem führenden Bankiers voraus. Die Bankiers haben Hoover die sofortige Verlängerung des Moratoriums empfohlen.
Die am 10. Oktober fällige zweite Hälfte der Reichsrenten Gehälter kann wiederum nur in Raten ausbezahlt werden.
Das englische Kabinett fasste den Beschluß, dem König die Auflösung des Parlaments vorzuschlagen. Als Tag der Neuwahl gilt der 28. Oktober.

Entscheidungen reifen.

Berlin, 7. Oktober.
Die Politik ist auf das stärkste in Bewegung gekommen. Reichsaußenminister Dr. Curtius hat um sein Ausscheiden aus der Reichsregierung nachgedacht. Reichskanzler Dr. Brüning hat sich nach allem, was man hört, der Gesamtdemission seines Kabinetts entschlossen. Er freie Hand für die Umbildung der Reichsregierung zu verlangen, die englische Regierung fasste den Beschluß, Neuverhandlungen durchzuführen, und Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten, berief Vertreter beider Parteien, also Republikaner und die in Opposition zu ihm stehenden Demokraten, zu sich in das Weiße Haus.

Als eine Fülle von Ereignissen, von denen jedes für sich mehr oder weniger eine Sensation bedeutet.
Wenn aber so nach den dramatischen Vorgängen im Ausland, die in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten größte Aktivität zu beobachten ist, dann zeigt sich auch, daß den vorausgegangenen Anstrengungen kein nachgreifender Erfolg beschieden gewesen ist. Und tatsächlich ist ja auch, seit Hoover im Juni mit der Auslegung der Reparations- und Schuldentzahlungen hervortrat, die Weltlage nicht besser, sondern noch weit schlechter geworden. Trotz des Hoover-Moratoriums hat Deutschland seinen Juli erlebt, trotz des Hoover-Moratoriums ist das Ausland, die Rechnungseinheit der halben Welt, auf die abwärts gerichtete Bahn geraten, gefolgt von der Krone Norwegens, Schwedens und Dänemarks. Aber nicht nur Europa, auch Amerika durchzuden heftige Erschütterungen. Wie einst aus Berlin, so fließt jetzt aus New York das Gold ab, und wenn die Federal Reservebank dann ihrer riesigen Goldbestände auch weiterhin jeden verlangten Betrag zurückzahlen kann, so weiß sie doch auch, daß das Gold gegen eine Gefahr kein Schutzpanzer ist, nämlich nicht gegen die drohende Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Die Wälder haben bisher Ungeheures geleistet im Aufen und Ertragen: Aber man könnte sich nicht; der Druck ist nicht mehr im Stand, von Tag zu Tag, indem die Welt weiter um sich greift, und es kündigt sich, wenn die Weltgeschichte erreicht wird. Die Staatsmänner müssen sich aber auf ihr eigenes Fingerpitzengefühl verlassen, um nicht den Zeitpunkt zu verpassen, da das Sinken ins Chaos noch verhindert werden kann. Denn daß dieses Sinken abzuwenden ist, ist, vermag uns niemand zu überzeugen, aber selbst dann würde das nichts daran ändern, daß es Pflicht ist, bis zum letzten Augenblick auszuharren, tapfer und umsichtig im Kampf gegen das Verderben.

Daß die Krise der Gegenwart nicht gelöst werden kann ohne die Beseitigung der tiefsten Ursachen unserer Not ist bereits an die Hundertmal festgestellt worden. Wenn früher im Ritter beim Turnier schwer vermundet wurde, befreite man ihn vom Panzer, und die Wunden zu verbinden und zu heilen. Die europäischen Staaten aber, die durch den Zusammenbruch der Friedenspolitik ebenfalls schwer geschlagen sind, wollen sich im Panzer wieder emporarbeiten und werden dabei selbst die Folgen des Vertragsbruchs nicht, die Beseitigung der Deutschland gegenüber festlich übernommenen Abrüstungspflicht. Aber nicht nur die Last der unheimlichen Rüstungen untergräbt das Vertrauen und seit dem Goldstrom in die Arce, sondern in gleicher Richtung wirken die Tributregelungen.

Damit, daß die Kriegsschulden- und Reparationszahlungen auf ein Jahr ausgesetzt worden sind und der weitere Verlauf des Auslandsgebietes aus Deutschland bis zum 12. Februar 1932 einigermaßen unterbunden ist, ist nicht genug. Die Vorteile dieser Regelung werden durch die Nachteile, die sich aus der Ungewißheit darüber ergeben, was nach diesen Fristen werden wird, reichlich wieder aufgehoben. Damit sind die Dinge für eine neue Entscheidung vor Frankreich aber erhält so erneut Gelegenheit, zu bestehen, ob es ihm ernst damit ist, seine Interessen mit den Interessen internationaler Solidarität zu vereinigen.

Wahrhaft tragisch ist, daß in dieser Situation gerade der Mann plötzlich vom Tode hinweggerafft worden ist, der erneut berufen war, dem Präsidenten Hoover bei seinem Vorgehen zu beraten: der frühere amerikanische Botschafter Dwight Morrow.

Das Erfordernis internationaler Anstrengungen zur Ueberwindung der Krise darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß von allergrößter Wichtigkeit für uns auch eine entschlossene Selbsthilfe ist. Dazu genügt es jedoch nicht allein, daß geparkt wird — und es kann und muß noch weit mehr getrieben werden als bereits geschehen ist — sondern dazu sind auch konstruktive Pläne erforderlich. In eingeschränktem Rahmen muß eine Grundlage gefunden werden, auf der das gesamte deutsche Volk sein Auskommen findet. Das deutsche Volk hat gewiß schon schlimmere Zeiten durchgemacht, als die Krise unserer grauen Gegenwart. Stand hatten die Herzen in derartigen Situationen aber nur dann, wenn jeder einzelne bei seinen Vorkommnissen Entschlußkraft und Führerwillen verlor.

Weides in höchster Potenz muß darum auch von der anscheinend bereits in Bildung begriffenen neuen Regierung erwartet werden.

Ambildung der Regierung

Curtius erbittet Verabschiedung — Vor der Gesamtdemission — Neues Kabinett Brünning?

Berlin, 7. Oktober.
Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichsaußenminister des Auswärtigen Dr. Curtius zum Vortrag. Im Anschluß an den Vortrag machte der Reichsaußenminister Hindenburg davon Mitteilung, daß er am Sonnabend dem Reichskanzler sein Abschiedsgesuch vorgelegt habe.

Das Schreiben des Außenministers lautet:
„Sehr verehrter Herr Reichskanzler!
In der Unterredung, die wir am Tage nach meiner Rückkehr aus Genf hatten, habe ich Ihnen erklärt, daß ich ohne Rücksicht auf die parlamentarische Lage aus der Reichsregierung ausscheiden wollte. In unserer Besprechung blieb die Frage des Zeitpunktes und der Form offen.

Ich halte es nunmehr als erforderlich, über mein Ausscheiden alsbald Klarheit zu schaffen. Deshalb bitte ich Sie, bei dem Herrn Reichspräsidenten meine Entlassung zu beantragen.“

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Curtius.“

Dr. Curtius, der 1920 von der Deutschen Volkspartei in den Reichstag entsandt worden ist, gehört der Reichsregierung seit Januar 1926 an. Damals leitete er das Reichswirtschaftsministerium im zweiten Kabinett Luther. Nach dem Tode Dr. Stresemanns wurde Minister Curtius mit der Leitung der auswärtigen Politik betraut.

Mit dem Rücktritt des Reichsaußenministers sind im Kabinett Brünning drei Ministerien verwaist, sind doch auch das Wirtschafts- und das Justizministerium seit langem nicht mehr besetzt. Da diese Ministerien angeht ihrer großen Bedeutung und der Machtbefugnisse, die ihnen die Notverordnungen bringen, nicht mehr länger verwaist bleiben dürfen, ist so zumindest eine Umbildung der Reichsregierung erforderlich geworden. Bei diesem Anlaß scheinen auch Veränderungen im Verkehrsministerium und im Reichsinnenministerium erfolgen zu sollen. Um freie Hand zu haben, scheint sich der Reichskanzler in den letzten Stunden zur Gesamtdemission entschlossen zu haben.

In politischen Kreisen und ebenso in der Presse aller Schattierungen wird die Umbildung, bezw. die Demission des Kabinetts Brünning ausfindig erwartet. In den der Regierung nachstehenden Kreisen rechnet man mit der Rückkehr Brünnings als Kanzler und glaubt, daß das neue Kabinett noch in dieser Woche zustandekomme wird. Als neue Männer wurden genannt: Direktor Schmidt, Prof. Warmbold, Dr. Bögeler und — wie bisher freilich bei jeder Krise — Bracht und Adenauer.

Harde Kämpfe im Reichstag.

Das Echo der Umbildungspläne des Reichskanzlers.
Nach dem Echo, das die Umbildungspläne des Reichskanzlers gefunden haben, sind im Reichstag harte parlamentarische Kämpfe vorauszusetzen. Die Ansicht der Rechten über die beginnende Umgruppierung läßt sich in die Worte zusammenfassen: Zu spät! So veröffentlicht der Reichslandtag eine scharfe Kampfsache, in der es heißt, für die Rechte sei es vollständig gleichgültig, ob das letzte oder ein umgebildetes Kabinett Brünning am 13. Oktober vor den Reichstag trete. Auch das zweite Kabinett Brünning werde, wenn es sein Vertrauensvotum erhalten wolle, auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen sein. — Auch die dem deutschnationalen Parteiführer Dr.

Hugenberg gehörenden Zeitungen Tag und Berliner Lokal-Anzeiger wollen von einer Umbildung nichts wissen und betonen, die Rechtsparteien wollten jetzt selbst regieren.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung ist der Ansicht, daß die Umbildung des Kabinetts Brünning vor einer Woche noch außerordentlich großen Nutzen gehabt haben würde, heute aber erfolge diese Umbildung zu sehr im Schatten der Wiedereröffnung des Reichstages. Die Rechtsparteien hätten sich nun für ihre Tagung in Harzburg, weil sie mit Entschließen des Kanzlers nicht mehr gerechnet hätten, bereits so festgelegt, daß sie sich nur mit Mühe umstellen könnten.

Die liberale und demokratische Presse äußert Zweifel an der Notwendigkeit einer Regierungsombildung. So meint die Botschaftliche Zeitung, wenn die Regierung nur eine populäre Wirtschaftspolitik treibe, dann werde sich schon alles finden, insbesondere, wenn durch eine wirkliche Preisentwertung ein Ausgleich für die Lohn- und Gehaltsstörungen geschaffen werde. Die Frankfurter Zeitung schreibt, Herr Hugenberg möchte regieren, aber Hitler denke nicht daran, ihn zur Macht zu verhelfen.

Von den sozialdemokratischen Blättern schreibt der Vorwärts, wenn die Regierung Brünning weiter nach rechts gehe und nicht gegen rechts kämpfen wolle, so müsse sie schließlich Hugenberg das Feld räumen. Die Sozialdemokratie habe kein Interesse daran, eine solche Entwicklung zu beschleunigen, aber sie müsse sich die Frage vorlegen, ob es noch viel Opfer lohne, sie ein wenig zu verlangsamen. Die Sozialdemokratie könnte sich genötigt sehen, ihren Kampf in einer anderen Front und in einer anderen Weise als bisher weiterzuführen.

Für Aufhebung der Mietssteuer

Mitgliederverammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels.

Berlin, 7. Oktober.
Im Gebäude des Reichswirtschaftsrates trat die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels zu ihrer Jahresversammlung zusammen. Als Vertreter der Reichsregierung führte Staatssekretär Dr. Trendelenburg, der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, aus, die diesjährige Tagung falle in eine Zeit stärker wirtschaftlicher Erschütterungen.

Die Senkung des englischen Preisniveaus als Folge der Abkehr des Pfundes vom Goldstandard stelle auf Deutschland über alle vorher bestehenden Schwierigkeiten hinaus vor neue und schwere Aufgaben. Der englische Weg der Geldentwertung, den auch andere Länder inzwischen gegangen sind, komme für Deutschland nicht in Betracht.

Schwere Sorgen bedrückten insbesondere auch der deutschen Einzelhandel, da er eheften und empfindlichsten die wirtschaftlichen Veränderungen verpürte, die auf die Kaufkraft und die Kaufneigung der Bevölkerung zurückwirkten. Mit dem Wunsch, daß es in gemeinsamer Arbeit gelingen möge, den deutschen Einzelhandel durch die Abkehr der Gegenwart und die Gefahren der Zukunft hindurchzuführen, schloß Dr. Trendelenburg seine Ausführungen.

Der geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes, Dr. Haeker, wies auf die enge Verbundenheit der kommunalen Spitzenverbände mit den großen Verbänden der Wirtschaft hin, und betonte ferner, die Aufbringung des Fehlbetrages im Haushalt der Gemeinden, der 800 Millionen Mark beträgt, könne nur im Wege rigoroser Selbsthilfe und unter Hilfestellung des Reiches erfolgen. Der Erlass der Bereinigungen an Erwerbslose durch Naturalleistungen müsse beschränkt bleiben auf den wichtigsten Lebensbedarf.

Oberregierungsrat Dr. Tiburtius erstattete den Geschäftsbericht. Er forderte darin die Senkung der Kostenlast durch Inangriffnahme der Reichsreform, eine Befreiung der Hausinssteuer und die Verhinderung jeder Erhöhung der Umlagssteuer. Die gleichen Forderungen kamen in den dann angenommenen Entschließungen zum Ausdruck. Im einzelnen heißt es darin noch:

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erklärt, daß die von der Regierung beabsichtigte 2 Prozentige Senkung der Hausinssteuer nicht als genügend angesehen werden kann. Sie hält es für unbedingt erforderlich, daß die Regierung eine Möglichkeit für einen schnellen weiteren, auch die Mieter berücksichtigenden, im Endziel befristeten vollständigen Abbau der Hausinssteuer schafft.

Der sozialpolitische Ausschuss bezeichnet es als dringend notwendig, Maßnahmen auf dem Gebiete des Tarifwesens zur beschleunigten Anpassung der Löhne und Gehälter an die Absatzmöglichkeiten. Diese Umstellung dürfe sich aber nicht nur auf die Höhe der Löhne und Gehälter beschränken, sondern es müsse eine schleunige, unter Umständen der normalen Laufbahner der Tarife vorgehende Abkehr von allen schematischen Ueberpannungen des Tarifgedankens erfolgen.



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei Ortsgruppe Elsfleth

Öffentl. Versammlung

Freitag, 9. Oktober, abds. 8 Uhr, im „Tivoli“. Es spricht der weit bekannte Reichsredner Gutterer, M. d. L. Hannover

Thema: „Hakenkreuz oder Sowjetstern“

Unkostenbeitrag 40 Pfg., Erwerbslose 20 Pfg.

Personenstandsaufnahme

Am 10. Oktober d. J. wird durch die Gemeindebehörden eine Aufnahme des Personenstandes vorgenommen. Jeder Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, über die persönlichen Verhältnisse sämtlicher Personen, die zu seiner Haushaltung gehören, Auskunft zu geben. Vordrucke für die Haushaltungskisten werden in den nächsten Tagen zugestellt. Oldenburg, den 5. Oktober 1931.

Der Präsident des Landesfinanzamts

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Vermögenserklärung für 1931 bis zum 15. Oktober 1931

Nach § 15 Abs. 2 des Dritten Teils der Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. September 1931 (Zweite Steueramnestieverordnung) — Reichsgesetzblatt I S. 493 — wird mit Freiheitsstrafe, und zwar mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, wer vorsätzlich einer bestehenden Rechtspflicht zuwider eine Vermögenserklärung 1931 bis zum Ablauf der Amnestiefrist (15. Oktober 1931) nicht abgibt, obwohl das steuerpflichtige Gesamtvermögen nach dem Stande vom 1. Januar 1931 die nach § 8 des Vermögenssteuergesetzes vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 237) maßgebende Freigrenze übersteigt.

Mit Rücksicht hierauf werden, sofern das Gesamtvermögen nach dem Stande vom 1. Januar 1931 20.000 RM übersteigt hat und eine Vermögenserklärung 1931 bisher noch nicht abgegeben worden ist, hiermit zur Abgabe einer derartigen Vermögenserklärung bei dem zuständigen Finanzamt aufgefordert:

1. alle natürlichen Personen (Deutsche und Nichtdeutsche), die im Inland entweder ihren Wohnsitz haben oder sich mehr als sechs Monate aufhalten,
2. alle nicht natürlichen Personen (z. B. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und dergl., rechtsfähige und nichtrechtsfähige Vereine, Stiftungen, andere Zweckvermögen und dergl., offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und dergl., Kreditinstitute des öffentlichen Rechts), sofern der Sitz oder der Ort der Leitung im Inland liegt.

Nicht zur Abgabe einer Vermögenserklärung verpflichtet sind die in § 4 des Vermögenssteuergesetzes vom 22. Mai 1931 bezeichneten natürlichen und nichtnatürlichen unbeschränkt steuerpflichtigen Personen, die bereits bisher von der Vermögenssteuer befreit waren oder von dem zuständigen Finanzamt ausdrücklich von der Abgabe einer Vermögenserklärung entbunden sind.

Unberührt hiervon bleibt die Verpflichtung zur Abgabe der Vermögenserklärung für die natürlichen und nichtnatürlichen Personen, die durch Zuwendung eines Vermögenserklärungsordrucks zur Abgabe der Vermögenserklärung 1931 besonders aufgefordert worden sind. Wer also einen Erklärungsordruck vom Finanzamt überhandt erhalten hat, muß auf jeden Fall eine Vermögenserklärung 1931 abgeben.

Wer im Zweifel ist, ob er eine Vermögenserklärung 1931 abzugeben hat, kann Auskunft beim Finanzamt einholen. Vordrucke für die Vermögenserklärung sind unentgeltlich beim Finanzamt zu haben.

Oldenburg, den 6. Oktober 1931

Der Präsident des Landesfinanzamts

Lasse **Sonnabend, von 9 Uhr morgens, eine fette Quene**

anshauen, Pfund 60 bis 80 $\frac{1}{2}$. Bestellung erbeten auch bei W. Schmitz, Timpen.

Joh. Züchter, Werpstraße

Papier- u. Schreibwaren
H. Bargmann
Buchhandlung

Elsfleth-Neuenfelde

Freitag, den 16. Oktober

Ernteball

Eintritt für Damen 50 $\frac{1}{2}$, Herren 1 RM, dafür Tanz frei

Es ladet freundlichst ein

Ghr. Bragge

Der Wahlkommissar für die Landwirtschaftskammerwahlen im Wahlkreis 3

(Klemer Brate, Butjadingen, Elsfleth, Stadt- und Landgemeinde Varel, Gemeinden Jade, Schweiburg und Alteneich.)

Auf Grund des § 13 der Wahlordnung für die Landwirtschaftskammerwahlen werden die Wahlberechtigten aufgefordert, spätestens bis zum 18. Oktober Wahlvorschläge bei dem unterzeichneten Wahlkommissar einzureichen.

Die Wahlvorschläge müssen die Bezeichnung der Wahlgruppe enthalten, für welche sie bestimmt sind. Die Wahlgruppen sind mit Nummern entsprechend der Bezeichnung in Art. 9 des Landwirtschaftskammergesetzes zu bezeichnen. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl in der betr. Wahlgruppe berechtigten Personen unterzeichnet sein. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung seiner Zustimmung zu der Aufnahme in den Wahlvorschlag einzureichen. Diese Erklärung muß spätestens bis zum 18. Oktober eingereicht sein, andernfalls wird der Bewerber gestrichen. In demselben Wahlkreis darf in derselben Wahlgruppe ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand und Beruf und ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeiten kein Zweifel besteht. Die Bewerber sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angaben ihres Berufs oder Standes sowie ihrer Wohnung beifügen.

Gleichzeitig mit den Wahlvorschlägen sind außer den vorgeschlagenen Zustimmungserklärungen der Bewerber Bescheinigungen der Gemeindebehörden vorzulegen, daß die Bewerber nach Art. 12 des Landwirtschaftskammergesetzes wählbar sind und daß die Unterzeichner des Wahlvorschlags in die Wählerliste aufgenommen worden sind, unter Angabe der Wahlgruppe, der die Unterzeichner angehören. Die Gemeindebehörde darf solche Bescheinigungen auf Antrag unverzüglich gebührenfrei ausstellen.

Es ist nicht erforderlich, daß die Bewerber derselben Wahlgruppe angehören, für welche sie vorgeschlagen werden. Die Zahl der vorgeschlagenen Bewerber auf den Wahlvorschlag ist nach der Wahlordnung nicht beschränkt.

Wird für eine Wahlgruppe kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, so unterbleibt die Wahl in dieser Wahlgruppe. Die dieser Wahlgruppe zustehenden Mitgliederstimmen bleiben unbelegt. Wird für eine Wahlgruppe nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, so findet für diese Wahlgruppe eine Wahl nicht statt. Die dieser Wahlgruppe zustehenden Mitgliederstimmen werden auf die wählbaren Bewerber des eingereichten Wahlvorschlags gemäß den Bestimmungen des § 48 Abs. 2 der Wahlordnung verteilt.

Zu Beisitzern des Wahlausschusses (§ 22 der Wahlordnung) sind ernannt:

1. Gemeindevorsteher W. Ulbers, Prangenhof,
2. Hausmann Franz Meiners, Oberrege,
3. Landwirt Heinrich Wilms, Alsen,
4. Verwalter Karl Abbids, Norderhoffschlag,

zu deren Stellvertretern

1. Landwirt Meinert Dierßen, Hafendorferlande,
2. Landwirt Diedrich Nischer, Oberrege,
3. Landwirt und Arbeiter Hinrich Wilkens, Alse,
4. Landwirt Wilh. Klotzger, Koppfenhög.

Brate, den 5. Oktober 1931.

Midendorff, Amtshauptmann

Zu verkaufen ein in Neuenfelde belegenes neues

Geschäftshaus mit großem Garten

Auskunft erteilt

B. Gloystein, Aukt., Elsfleth

„Rettung oder Untergang?“

Ludendorffs Kampf um die Rettung des Deutschen Volkes!

Öffentl. Vortrag in Elsfleth

im Lokal „Zum Deutschen Hause“, Deichstraße am Montag, dem 12. Oktober 1931, abds. 8 Uhr

Redner: Dr. Ludwig Engel, München

Freie Aussprache!

Eintritt: 30 Pfg. Erwerbslose gegen Ausweis: 10 Pfg.

Tannenbergbund e.V.

Modenzeutungen mit Schnittmuster, sowie alle Zeitschriften

sofort nach Ercheinen durch Bücherboten frei ins Haus

Bargmann's Buchhandlung

Modenzeitung-Vertrieb

Wer verkauft

Wohn- oder Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Bau- u. Kiesgelände. Sofortige Angebote an K. Zahmeyer, Bremen, Ulfaker Straße 152

Margarine

2 Pfund 75 $\frac{1}{2}$

Rokosfett

2 Pfund 75 $\frac{1}{2}$

Schmalz

1 Pfund 65 $\frac{1}{2}$

Landbutter

1 Pfd. 1.35 RM

Hamburger

Fettwarenlager

Sonnabend, 10. Oktober

prima Schweinefleisch

Pfund 80 $\frac{1}{2}$ bis 1 RM

prima Kalbfleisch

Pfund 80 $\frac{1}{2}$ bis 1 RM

Kruse

Steinstraße 37

Sonntag, den 11. Oktober

Absegeln

Abfahrt 11 Uhr oder 1 Uhr

nach Blumenthal oder zum

Belum je nach Wetter.

Wir empfehlen besonders preiswert

Fusel-Samos	Flasche 1.20 RM
Zarragona, losfarben	Flasche 1.— RM
Tafelrotwein	Flasche 90 $\frac{1}{2}$
Apfelwein	Flasche 45 $\frac{1}{2}$

Billige Lebensmittel

Allerfeinstes Weizenauszugmehl	Pfd. 25 $\frac{1}{2}$
Rollreis	Pfd. 14, 19, 25 $\frac{1}{2}$
Weizengries	Pfd. 32 $\frac{1}{2}$
Sago	Pfd. 32 $\frac{1}{2}$
Sultana-Äpfel, hell	Pfd. 50 $\frac{1}{2}$

Kakao	1/4 Pfd. 25 $\frac{1}{2}$
Kaffee	1/4 Pfd. von 45 $\frac{1}{2}$ an
Tea	1/4 Pfd. von 75 $\frac{1}{2}$ an

Gebr. Gerste	Pfund 20 $\frac{1}{2}$
Gebr. Roggen	Pfund 20 $\frac{1}{2}$

Neue Haselnüsse	Pfund 60 $\frac{1}{2}$
-----------------	------------------------

THAMS & GARFS

„Zum Deutschen Hause“

Sonntag, den 11. Oktober

BALL

Eintritt frei

Es ladet freundlichst ein

Hermann August